



Ran an die Töpfe!

Geschlechtergerechtigkeit bei der Bereitstellung von Mitteln zum Klimaschutz

Alle sprechen über den neuen Klimafonds, so auch GenderCC - Women for Climate Justice, das globale Netzwerk von Frauen, Genderexpert/innen und -aktivist/innen.

Von allen Bereichen der Verhandlungen demonstriert 'Finanzierung' vielleicht am deutlichsten die Machtverhältnisse zwischen Regierungen und anderen Interessenvertretern. Damit der Fonds auf die Bedürfnisse von Frauen und Gemeinschaften eingehen kann, muss Geschlechtergerechtigkeit in alle Aspekte der Finanzierung integriert werden, angefangen beim Management und allen operativen Verfahren hin zu den Auswahlkriterien für Projekte und deren Monitoring. GenderCC - Women for Climate Justice, stellt vor diesem Hintergrund eine Reihe von Bedingungen vor, die der Fonds erfüllen muss; ergänzend zu den von anderen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen bereits formulierten Aspekten.

Die Förderkriterien müssen sicherstellen, dass die geförderten Projekte geschlechtergerecht geplant und durchgeführt werden. Dies schließt zum Beispiel öffentliche Infrastruktur für eine kohlenstoffarme Entwicklung, wie Öffentlichen Nahverkehr, und Wasserinfrastruktur im Zuge der Anpassung, ein. Risikoreiche Technologien, die insbesondere von Frauen abgelehnt werden, dürfen keine Mittel erhalten.

Angemessene Teile des Budgets müssen für Frauen und Frauenprojekte festgelegt sein, und der Fonds sollte **Direktzugriffmodalitäten im Besonderen für organisierte Frauengruppen und Gemeinschaften** einschließen. Solche Modalitäten können auch eine politische Alternative in Ländern sein, deren Regierungen Frauen unterdrücken und benachteiligen. Die Direktzugriffmodalität ist bereits Teil des Anpassungsfonds, bezieht hier jedoch nur Regierungen ein.

Governance und Management des Fonds: Ausgewogenheit und Gender-Budgeting. In den Aufsichtsgremien des Fonds muss auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet werden. Die sinnvolle Beteiligung von Frauen muss bei Planung, Durchführung und Monitoring der zu finanzierenden Projekte garantiert werden. Multilaterale Entwicklungsbanken dürfen beim Management des Fonds keine Rolle spielen. In den operativen Geschäften und in Projekten muss Gender-Budgeting angewandt werden.

Emissionshandel oder Kredite dürfen keine Quellen des Fonds sein. Die Gelder müssen verlässlich und nicht von der Unbeständigkeit des Emissionshandels abhängig sein. Desweiteren sollten sie nicht dem CO₂- Ausgleich ('Offsetting') entstammen. Kredite müssen vermieden werden, da diese zu weiterer Verschuldung führen und darüber hinaus Organisationen, die keine Gewinne erwirtschaften, ausschließen würde.

Schließlich ist es wichtig, **die Thematik als Teil einer Gesamtsituation zu verstehen**. Sie kann nicht losgelöst von anderen zentralen Problemen betrachtet und diskutiert werden. Dazu gehören beispielsweise der Zugang zu Land und Ressourcen, zu Wasser und Nahrungsmitteln, die Gewährleistung von Bürgerrechten sowie weitere Themen mit hoher Dringlichkeit. Werden diese Probleme nicht gelöst, so wird das durch die Fonds neu verfügbare Geld nur zu einem weiteren Kampf um Ressourcen führen, der in der Folge zu weiteren Enteignungen, Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten führen kann, einschließlich der Zunahme von Gewalt gegen Frauen.

Cancún, 3.12.2010